

Was dürfen die Mitglieder?

CDU-Generalsekretär Peter Tauber will der Parteibasis mehr Einfluss geben - doch manche Ideen stoßen auf Widerstand. In der Klausursitzung der Reformkommission "Meine CDU 2017" protestierten Vertreter wichtiger Landesverbände wie Nordrhein-Westfalen gegen Taubers Vorschlag, die CDU-Basis zwingend an allen Wahlen, Abstimmungen und Kandidatenaufstellungen in Kreisverbänden zu beteiligen. Bisher steht es Kreisverbänden frei, ob sie Mitgliedern die Mitsprache in diesen Machtfragen ermöglichen oder ob Delegierte wählen. Die NRW-Vertreter protestierten wohl auch deshalb, weil dort bald

Kandidaten für die Landtagswahl aufzustellen sind. Taubers Idee, Gruppen von Mitgliedern per Internet Anträge für Parteitage stellen zu lassen, ohne dass CDU-Gremien diese vorher absegnen, erntete ebenfalls Kritik. Der Ton in der Debatte sei teils scharf gewesen, heißt es. Über die Vorschläge der Kommission soll die CDU-Spitze im Juli beraten. ama

Entwicklungshilfe

Chance oder **Pulverfass**

Vor dem G-7-Gipfel auf Schloss Elmau hat Liberias Staatschefin Ellen Johnson Sirleaf ein größeres Engagement der Industrienationen für die ärmsten Länder Afrikas gefordert. "Die über 15 Jahre bestehende globale Partnerschaft für Entwicklungsfinanzierung ist für Afrika in Gefahr", schreibt Johnson Sirleaf in einem Gastbeitrag für die Nichtregierungsorganisation One, der sich an die Staats- und Regierungschefs der G-7-Nationen richtet. "Afrika ist bald Heimat für 40 Prozent der jungen Menschen weltweit - hier kann eine Wachstumschance oder ein Pulverfass entstehen", mahnt Johnson Sirleaf. In Afrika leben rund 440 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Vergangenes Jahr hatte Johnson Sirleaf für Aufsehen gesorgt, als sie mit einem dringenden Appell an mehrere Regierungschefs für den Kampf gegen Ebola einen weltweiten Einsatz gegen die Krankheit in Gang brachte. gor

Glosse

Brandenburg und die Wühlarbeit

Über das Tempo Brandenburgs zu schreiben ist eine einfache Sache. Es reicht ein Satz: Tempo ist dem Brandenburger fremd. Das kann durchaus von Vorteil sein, weil man hier Moden einfach ignoriert, dadurch Geld spart und auch noch bodenständig wirkt. Derlei Vorgehen kann sich aber auch als nachteilig erweisen, wie nach 1990, als viele Brandenburger den Eindruck erweckten, sie würden – wenn überhaupt – eher

rückwärtsgehen. Anderswo wurden Anhänger des überwundenen Systems rasch ausgetauscht. Nicht so in Brandenburg, wo - gemach, gemach - erst 2009 eine Stasi-Beauftragte eingesetzt wurde, um die Diktatur aufzuarbeiten. Das hatte durchaus auch einen Vorteil. Ging etwas schief in Brandenburg, waren immer Schuldige zur Hand: Stasiseilschaften, SED-Altlasten, verborgene Zirkel im märkischen Sand ...

Dort lauert auch 2015 der Feind. Wühlarbeit ist wieder großes Thema in Brandenburg, aber nun geht es schneller als bei der Stasiaufarbeitung. Rund 3000 Biber unterminieren das

Land, und ihre Arbeitsweise erinnert durchaus an die Stasi. Sie sind selten zu sehen, aber sie kennen kein Pardon. Insofern könnte man der Stasi-Beauftragten vielleicht jetzt, wo selbst in Brandenburg die Stasi nicht mehr zu Hause ist, die Zuständigkeit für die Biber übertragen. Aber da würde bestimmt wieder einer meckern, vielleicht sogar der Bundespräsident. Also hat man in Brandenburg - ganz gegen die Ge-

wohnheit – mit Fantasie reagiert. Die Landesregierung sucht zwei hauptamtliche Biberbeauftragte, die (Entgeltgruppe 11 der Entgeltordnung TV-L) über "gute Gebietskenntnis" verfügen müssen. Sie sollen "Maßnahmen zur Minderung, Vermeidung und Beseitigung von Biberschäden" umsetzen. Erwartet werden Bewerber mit "Überzeugungsfähigkeit" und "Verhand-lungsgeschick", was nur den Schluss zulässt, dass sie mit den 3000 Bibern das Gespräch suchen sollen. Denn glaubt jemand ernsthaft, der Brandenburger lässt so einfach mit sich reden? stb